

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Links wählen Veränderung wählen

Jetzt ist es ziemlich sicher, am 18. September wird gewählt. Vor allem die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die seit Jahren SPD oder Grüne als das „kleinere Übel“ wählten, haben jetzt eine Alternative.

So wie es aussieht, wird die „Linkspartei“ in den Bundestag einziehen - das ist auch notwendig. Denn die SPD will ihre Politik, insbesondere die der Agenda 2010, unbeirrt fortsetzen. Von den Grünen ist auch nichts anderes zu erwarten. Das wird die Lebensbedingungen weiter verschlechtern.

Die DKP unserer Stadt ist seit Jahrzehnten in der Kommunalpolitik aktiv. Wir wissen, wie das ist, wenn immer weniger Geld für die öffentliche Daseinsfürsorge zur Verfügung steht.

Die Berliner Regierung hat jetzt seit Jahren Reiche und große Unternehmen steuerlich begünstigt. Diesen geht es unter Rot-Grün so gut wie nie zuvor.

Und eine Umkehr ist nicht in Sicht! Die SPD hält an der Senkung der Unternehmenssteuern auf 19 Prozent fest. Mit dem Argument, dass dies positive Wirkungen für die Investitionen und in der Folge für die Beschäftigung habe. Dabei ist das Experiment doch bereits 2001 gescheitert. Steuergeschenke von 20 Milliarden Euro gingen einher mit sinkenden Investitionen.

Schröder behauptet immer noch, dass diese Politik alternativlos sei. Hartz IV sollte in den ursprünglichen Planungen 2005 zu Einsparungen von 2,5 Milliarden Euro führen. Die Senkung des Spitzensteuersatzes kostet allein in diesem Jahr 2,5 Milliarden Euro.

„Die Schwarz-Gelben sind noch schlimmer“, sagen jetzt manche. Das mag sein. Sie darf man schon gar nicht wählen. Begreifen muss man aber: Egal ob in Berlin SPD/Grüne oder CDU/CSU/FDP regieren, die eigentliche Macht im Staat haben die großen Banken und Konzerne.

Wichtig ist, dass sich jetzt eine Gegenbewegung entwickelt. Die „Linkspartei“ hat schon seit Wochen außerordentliche Erfolge erzielt. Auf einmal wollen die anderen Parteien alle ein „linkes, soziales“ Mäntelchen umhängen. Wir sagen: Eine starke Fraktion der Linken im Bundestag, wäre ein deutliches Zeichen gegen weiteren Sozialabbau, gegen eine Politik, die Reiche reicher und Arme ärmer macht.

Natürlich wissen wir: Politikwechsel wird letztlich nicht im Parlament durchgesetzt, sondern in den Betrieben und auf der

Straße. Die Durchsetzung von demokratischen und sozialen Rechten wird nur möglich, wenn die sozialen Bewegungen - vor allem die Gewerkschaften und die Vertreter der arbeitenden Menschen antimonopolistische Reformen durchsetzen. Die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen, die Jugend, die Rentner - sie können nur gewinnen, wenn sie sich selbst organisieren und kämpfen.

Wir sagen: Hartz IV und Agenda 2010 müssen weg! Arbeits- und Ausbildungsplätze müssen her!

Wir fordern staatliche und kommunale Investitionsprogramme zum Bau von Wohnungen, für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, für Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Umweltsanierung. Der Bedarf ist vorhanden. Vorhanden sind auch die finanziellen Mittel: Im Reichtum der Konzerne und Banken, im Rüstungsetat, bei den Spekulationsmilliarden von Banken, Versicherungen und Konzernen und bei den Vermögen der Superreichen. So können öffentliche Beschäftigungsprogramme finanziert werden.

Dafür sollte man sich einsetzen. Man darf sich nicht mehr alles gefallen lassen. Deshalb „links“ wählen. rh





Am Rand

Noch Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering das Wahlmanifest der SPD vor. Eine Kooperation mit der Linkspartei nach der Bundestagswahl schloß Schröder aus: „Ich werde nie etwas mit dieser merkwürdigen Gruppierung da am linken Rand machen.“ Dass er lieber der „Genosse der Bosse“ ist, ist bekannt.

Gejammer

„Die Sozialdemokraten sind zuversichtlich, dass sie trotz aller Nackenschläge, die sie derzeit aus Berlin einstecken müssen, bald wieder gute Wahlergebnisse erzielen werden“, das steht in der Web-Seite der SPD-Mörfelden-Walldorf. Hätten sie nur mal früher aufgemuckt, aufgefordert haben wir sie öfters. Aber sie haben alles ertragen und immer verteidigt, was von dieser Regierung kam. Jetzt vor Wahlen bekommen sie „Muffensausen“. Jetzt haben sie es halt auszubaden. Zurecht.

*Liebe Leserinnen, liebe Leser
 Sie sind politisch interessiert?
 Sie interessieren sich auch für
 Kommunalpolitik?
 Wollen Sie bei uns mitmachen?
 Sie brauchen dabei noch nicht
 einmal Mitglied werden!
 Reden wir miteinander.*

DKP - Telefon 23366



Nicht wählbar

Die SPD-Liste zur Kommunalwahl 2006 wird angeführt von Bürgermeister Bernhard Brehl, danach folgt Erster Stadtrat Heinz-Peter Becker. Beide kann man aber nicht wählen - sie wollen, wie sie sagen - das Mandat nicht annehmen, weil sie ihre Posten behalten wollen. Schon eigenartig - oder? Wenn alle örtlichen Parteien ihre in der Öffentlichkeit bekanntesten Personen - die aber nicht ins Stadtparlament gehen wollen - an die Spitze stellen würden - wäre die Wahl keine Wahl mehr.

ACHTUNG SATIRE

Gewerkschaftlicher Hirtenbrief der SPD

**Aus: UZ
 Zeitung
 der DKP**

*Liebe Gewerkschafter,
 mit großer Bestürzung nehmen wir zur Kenntnis: der deutsche Sozialstaat ist in Gefahr! Aus diesem Grund fordern wir Euch dringend auf, Eurer Verantwortung als gestaltende Kraft der sozialen Marktwirtschaft gerecht zu werden und um höhere Löhne Eurer Mitglieder zu kämpfen.*

Aus uns unverständlichen Gründen wurden in den letzten Jahren gesetzliche Weichen dahin gestellt, dass eine Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens von unten nach oben stattgefunden hat. Völlig unklar ist für uns, wie es dazu kommen konnte, dass sich die Profite von deutschen Unternehmen explosionsartig vermehren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat inzwischen eine Kommission beauftragt, die herausfinden soll, ob dies möglicherweise, unter Umständen und vielleicht zu einem kleinen Teil auch die Folge der Regierungspolitik in den letzten Jahren war.

Allerdings gehen wir vor allem davon aus, dass geheimnisvolle Kräfte im Spiel waren, von denen bislang niemand etwas ahnt. Um so mehr sind jetzt die Gewerkschaften gefordert, die soziale Ausgewogenheit in Deutschland wieder herzustellen.

Dass höhere Löhne zur Stärkung der Massenkauflkraft notwendig sind, haben wir schließlich schon immer gesagt (zumindest vor der Wahl). Wenn wir jemals oder noch vor kurzem etwas anderes gesagt haben, entzieht sich das leider unserer Kenntnis.

In diesem Sinne wünschen wir Euch viel Erfolg im Kampf um die Interessen der Werktätigen. Wir stehen fest an Eurer Seite. Auf jeden Fall so lange, bis wir wiedergewählt werden.

Euer SPD-Parteipräsidium

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Der Mediator

Wir haben die folgende Notiz erst mal liegengelassen. Nach der „Pietätspause“ sollte man sie aber doch abdrucken.

Zur Erinnerung: am Anfang der aktuellen Flughafenerweiterungsdiskussion stand die Mediation. In der Runde der „unabhängigen“ Mediatoren auch Dr. Frank Niethammer. Nun ist er vor kurzem verstorben. Es erschien ein Nachruf der Fraport und hier heißt es u.a.: „Die Fra-

port AG trauert um Dr. Frank Niethammer, Mitglied im Beraterkreis der Fraport AG von 1999-2005“.

Genau dieser Sachverhalt war weitgehend unbekannt.

Damit sind für viele auch die letzten Zweifel ausgeräumt, es sei ein Verfahren gewesen, das den Namen Mediation zu Recht führte. Ein Mensch, der einer der streitenden Parteien so eindeutig verpflichtet war, kann niemals als „Mediator“ bezeichnet werden.

Erörterungstermin

Der Erörterungstermin zur Flughafenerweiterung ist ab dem 12.9.2005 in der Stadthalle in Offenbach. Für das Ausbaufahren erwartet man zwischen 2000 und 3000 Einwendungsgründe. Gehen wir davon aus, dass „nur“ 2000 zusammenkommen und jeder im Durchschnitt nur für eine Stunde erörtert wird, ergibt sich bei vier Tagen Erörterung zu je 5 Stunden eine Dauer von 100 Wochen (oder 2 Jahre). Schauen mer mal.

38 Milliarden

38 Milliarden Euro - so hoch ist zur Zeit der Rüstungsetat der Bundesrepublik Deutschland.

38 Milliarden - man braucht so viel, weil das Einsatzgebiet der Bundeswehr mittlerweile die ganze Welt ist.

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 hat im Grunde die außenpolitische Bilanz von Rot-Grün verändert. „Ich verstehe meine Fraktion nicht, die für mehr Frieden in der Welt angetreten ist, die eine Friedenspolitik machen will – sie setzt sich hier hin und ist damit einverstanden, daß – wenn von deutschem Boden nach 54 Jahren wieder Krieg ausgeht – darüber hier nicht einmal geredet wird. Von deutschem Boden sind die Tornados gestartet, die jetzt gerade Belgrad bombardieren. Ich halte das für völlig unwürdig für dieses Haus...“ so der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele am 25. März 1999.

Die Publizistin Bettina Gaus meinte in einem Interview: „Die Grünen haben es geschafft, Kritik an bestimmten militaristischen Entwicklungen der Außenpolitik in einen realitätsfernen ideologischen Rahmen zu verbannen und die Leute als ewiggestrig zu diskreditieren... Rot-Grün ist dafür verantwortlich, dass wir zwar im Einzelfall noch darüber diskutieren, ob wir einen Krieg für sinnvoll halten, dass Krieg als Mittel von Politik aber inzwischen grundsätzlich anerkannt ist.“

Kein ernst zu nehmender Mensch nennt heute die Grünen eine Partei der Friedensbewegung.

Daran sollte man auch denken am Wahltag, am 18. September 2005.

"Einsatzgebiet für die Bundeswehr ist die ganze Welt." Bundesverteidigungsminister Struck

Auslandseinsätze	Entsawdte	Kosten jährl.	Zivile Alternative
 Anfang 2004 in 7 Ländern u. Gebieten	7.300 Mönn	1,4 Mrd Euro	25.000 Krankenschwestern u. 20.000 Altenpfleger 

Waffen für den globalen Einsatz ... Waffen, die schon im Frieden zerstören

Waffenprogramme* (eine Auswahl)	Bundeswehr-Bestellung/Planung	Zivile Alternativen**
 Eurofighter ab 2002	Stk. 180 à 117 Mio 21,0 Mrd Euro	 250.000 Mietwohnungen à 70qm (23.000€ Baukosten)
 Kampfhubschrauber Tiger ab 2002	Stk. 112 à 33 Mio 3,7 Mrd Euro	 821 Altenpflegeheime à 60 Plätze (4,5 Mio€ Baukosten)
 Transporthubschra. HS NH 90 ab 2003	Stk. 243 à 25 Mio 6,1 Mrd Euro	 1564 Grundschulen (2,8 Mio) mit Sporthalle (1,8 Mio)
 Militär-Airbus A400M ab 2007	Stk. 60 à 138 Mio 8,3 Mrd Euro	 572 Berufsschulen à 1000 Schüler (je 14,5 Mio Baukost.)
 U-800f U 212 ab 2002	Stk. 8 à 250 Mio 2,0 Mrd Euro	 1666 Kindergärten à 4 Gruppen (je 1,2 Mio Baukosten)
 Fregatte F 124 ab 2002	Stk. 3 à 700 Mio 2,1 Mrd Euro	 236 Studentenwohnheime à 200 Plätze (je 8,5 Mio€ Baukosten)

* Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2007 (Stand 2005) ab dem April 2004; bei Eurofighter nach Bundeswehrplanung mit 2004 bis 2007
** Baukosten + Folgekosten + Betriebskosten (Energie, Instandhaltung, Personal, etc.) Baukosten (Bauzeit) nach Bundeswehr-Baukostenplan (Baukosten + Betriebskosten) (2004-2005)



Eine neue Veröffentlichung

Im Februar 2005 hatte die PDS/OL-Fraktion im Kreistag beantragt, dass der Kreistag im laufenden Jahr Wilhelm Hammann, den ersten Landrat des Kreises Groß-Gerau nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, mit einer Feierstunde ehrt.

Die PDS / Offene Liste konnte sich mit ihren Vorschlag nicht durchsetzen. Es wurde deutlich, dass bis in die SPD hinein alle Fraktionen sich mit diesem Antrag schwer taten.

Die israelische Stiftung Yad Vashem ehrte Wilhelm Hammann, den ehemaligen Groß-Gerauer Landrat und KPD-Abgeordneten des Landtages des Volksstaates Hessen, mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“. Was für das offizielle Israel selbstverständlich war, ist im Kreis Groß-Gerau auch heute noch ein Problem: Den politischen Gremien des Kreises fällt es nach wie vor schwer, den streitbaren und menschlich aufrechten kommunistischen Politiker zu würdigen. Der „blickpunkt“ hat deshalb eine Broschüre herausgebracht, damit Wilhelm Hammann nicht in Vergessenheit gerät.

Für 3 Euro + Versandkosten erhältlich beim „blickpunkt“, Mörfelden, Hochstr. 22, Tel. 22362.

Das Babenhäuser Pfarrerkabarett in Mörfelden - eine Kritik



POST

Kommt der Berg nicht zum Propheten, so kommt der Prophet zum Berg. Kommen die Schäflein nicht mehr in die Kirche, so kommen die Pfarrer hinaus in die Welt und werben für volle Kirchen. Dabei machen sie genau das, was sie in den Kirchen auch machen: Kabarett für Geld.

Mit dröhnender Kanzelstimme in hessischem Dialekt vorgetragene gestohlene Pointen, uralte Plattitüden über den Landpfarrer, der sich bei Familienfesten durchfrißt, und alte Kalauer über die Ehe und die sonstigen Beziehungen der Geschlechter, dazu ein bisschen laue Kritik an den eigenen Institutionen (das tut der Kirche nicht weh, denn was die Kirche nicht verbieten kann, das segnet sie). Das haben wir anderswo überzeugender, besser, und für weniger Eintrittsgeld gehört.

Gelegentlich ein paar Seitenhiebe der protestantischen (aber nicht protestierenden) Pfarrer auf ihre katholischen Amtsbrüder („Grüßen Sie Ihre Frau von mir“). In Nordirland belassen sie es nicht dabei - dort schießen die beiden Konfessionen seit 30 Jahren scharf aufeinander. Wie überhaupt Kirchen und ihre Pfarrer immer an erster Stelle zu finden sind, wo Waffen gesegnet und Völker in Kriege gehetzt werden - Jugoslawien ist nur das jüngste in einer langen Reihe von Beispielen.

Davon jedoch und von anderen Zuständen in der Welt hörten wir nichts - dieser Kabarettistenpflicht entzogen sich die Spaßklerikalen.

Ihr innerstes Wollen offenbarten sie in lustigen Vorschlägen, wie sie sich die Füllung der leergewordenen Kirchen erträumen - ganz offensichtlich ihr Hauptanliegen.

Denn nur darum geht's beim Pfarrerkabarett, ob in der Kirche oder außerhalb im Museumsgarten: Leute in die Kirche zu locken. Denn die kann nicht ewig davon leben, dass man den Arbeitslosen zwangsweise eine pauschale Kirchensteuer vom Arbeitslosengeld abzieht, ob sie nun in der Kirche sind oder nicht.

Und mit dem Verkauf von Alkohol und organisierter Ruhestörung (sg. „Kirchenfesten“) kann sie sich auch nicht lange über Wasser halten. Da träumt man doch lieber von der Rückkehr der Kirchensteuerzahler.

Und das müsste doch mit dem Teufel zugehen, schließlich wusste schon Kurt Tucholsky: „Der Mensch hat zwei Beine und zwei Überzeugungen: eine, wenn's ihm gut geht und eine, wenn's ihm schlecht geht. Die letzte heißt Religion“. Die Zeiten werden schlecht, die Gelegenheit ist günstig. Hohe Zeit also für die Kirche, alle Kabarettkapazitäten zu mobilisieren.

Wenn es auch lustig war - beim Nachdenken blieb einem das Lachen dann doch im Hals stecken.

Alfred J. Arndt



Eisentraud = Eisenmann

Ironman ist keine Krankheit, aber ansteckend. Nachdem im letzten Jahr der Wehrlführer der Mörfelder Feuerwehr, R. Adomeit, die Tortur auf sich nahm, absolvierte sein Feuerwehrkamerad Jochen Eisentraud heuer die sportliche Hochleistung (3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und 42,195 km Laufen). Seine Endzeit von 13:43:57 Std. ist beachtlich und eines Lobes wert.

Die „blickpunkt“-Redaktion gratuliert und wünscht ihm weiterhin sportliche Erfolge.



Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbrief

Links wählen ist mehr, als Protest wählen

Das Auftreten der „Linkspartei“ bringt vor allem Sozialdemokraten aus der Fassung: „Ein Zwerg, der bei tiefstehender Sonne auch einen großen Schatten wirft“, meint SPD-Schartau über Lafontaine, den ehemaligen SPD-Vorsitzenden, „er ist ein Hasardeur“, meinte Müntefering. Die SPD-Brandenburg nannte ihn „Hassprediger“. Willy Brandts Totenruhe werde durch Lafontaine gestört, weil der „im Grabe sich drehen würde“, meint der saarländische SPD-Spitzenmann Maas. Es ist zu vermuten: Brandt rotiert schon seit Jahren wegen der Entwicklung in der SPD.

In unserer Stadt hatte Lafontaine bei den Sozialdemokraten früher viele Freunde. Heute nennen sie ihn einen Verräter. Wieso sagen sie das eigentlich nicht zu Schröder? Schröder steuerte die Partei bis jetzt in elf Wahlniederlagen und in ihre bisher tiefste Krise. Unter seiner Regierung wurden die Armen ärmer und die Reichen reicher. Unter seiner Regierung hat sich die Bundeswehr erstmals seit 1945 wieder an Kriegen beteiligt. Er ist als Vorsitzender gescheitert und wird als Kanzler endgültig Schiffbruch erleiden. Statt sich über Lafontaine das Maul zu zerreißen, sollten sie ihm ruhig mal zuhören und nicht immer die Sprüche ihrer Parteioberen nachplappern. Lafontaine ist - wie andere auch - ein Populist. Er sollte darauf achten, mit missverständlichen Begriffen wie „Schutz vor Fremdarbeitern“ falsche Freunde zu gewinnen.

Wichtig ist aber jetzt: Eine möglichst starke linke Opposition in den Bundestag zu bekommen, dem muss im Moment alles untergeordnet werden. Historische Chancen gibt es nicht sehr häufig. Mit einer starken Linkspartei im Bundestag wird sich vieles positiv ändern - auch in der SPD. Da bin ich sicher.

Rudi Hechler

Auch Wahlen können etwas ändern!



Das „Staatsschauspiel“ des Bundeskanzlers mit einer zu diesem Zweck verlorenen Vertrauensfrage den Bundespräsidenten zur Auflösung des Bundestages zu veranlassen um zu vorgezogenen Neuwahlen zu kommen, scheint zum gewünschten Ergebnis zu führen. Der zweite Teil des Plans, dadurch die SPD-„Linke“ bei der Stange zu halten und zugleich die linke Konkurrenz von PDS und WASG unter erheblichen Zeitdruck zu setzen, hat nur zum Teil funktioniert. Die SPD-„Linke“ hat nach leichter Kosmetik am „Weiter so!“ gekuscht – PDS und WASG haben in kürzester Zeit durch intensive Verhandlungen den Weg für eine „Linkspartei“ freigemacht, der mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an der Spitze gute Chancen auf ein respektables Wahlergebnis eingeräumt werden. Die spürbare Erwartung vieler Menschen, dass ihre Sorgen und Nöte von einer starken linken Opposition im Bundestag zur Sprache gebracht werden, eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik thematisiert wird und außerparlamentarische Bewegungen wieder Ansprechpartner und Unterstützung im Bundestag finden, hat diesen bemerkenswerten Prozess ermöglicht. Die „Linkspartei“ zeigt jetzt schon Wirkung. SPD und Grüne fangen wieder an, „links zu blinken“. Wer ihnen das noch abnimmt, nachdem sie ihre „zweite Chance“ gehabt haben, bleibt abzuwarten. Wichtig ist, dass endlich wieder offener über Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit, „Sozialabbau“ und Geschenken ans Kapital gesprochen wird, zunehmend mehr Menschen eine Hoffnung sehen und Mut zur Veränderung schöpfen. Das wirkt sich auch auf den weiterhin notwendigen täglichen Kampf um Frieden und Arbeit, soziale Gerechtigkeit und politischen Fortschritt aus, der in den Betrieben, Städten und Gemeinden geführt wird. Jetzt gilt es, bis zum Wahltag deutlich zu machen: Eine andere Politik ist möglich und auch Wahlen können etwas ändern! Denn entscheidend für den Einzug in den Bundestag sind nicht Umfragewerte und Stimmungen – entscheidend sind die Stimmen, die bei der Wahl - nach jetzigem Stand am 18. September - für „Die Linke“ gezählt werden.

CDU, FDP, SPD und Grüne überbieten sich seit Jahren darin, den Arbeitern und Angestellten, den Rentnern, den Arbeitslosen und auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen und selbst den kleinen Unternehmern „das Fell über die Ohren zu ziehen“. Eigentlich haben nur Investoren, die Herren von Banken und Konzernen und die „oberen Zehntausend“ einen Grund, diese Parteien zu wählen. Wer nicht zu denen zählt und was für sich tun will, dem empfehle ich mit Erst- und Zweitstimme „Die Linke“ zu wählen.

Gerd Schulmeyer

Wahlkreiskandidat der „Linkspartei“ im Wahlkreis 185 (Groß-Gerau)



Kennen Sie diese beiden berühmten Deutschen?

Sie sollten Sie kennenlernen. Marx und Engels sind auf einmal wieder hochaktuell. Wenn auch auffällt, dass manche Spitzensozialdemokraten nur „links“ blinken, um dann schnell wieder „rechts“ abzubiegen.

Wer Lust hat, einmal Marx im Original zu lesen, kann auch im Internet auf „www.dkpmw.de“ klicken. Hier steht zumindest mal das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Wer mit uns diskutieren oder mitmachen möchte, der sollte anrufen: 23366 oder 22362. Wir freuen uns über jeden Mitstreiter.

Immer mehr Kinder mit erhöhtem Erziehungsbedarf

In einer Sondersitzung des Sozialausschusses im Juni berichteten SchulleiterInnen der örtlichen Grundschulen und eine Hortleiterin über auffällige Kinder. Anlaß war die Verteilung von Mitteln für zusätzliche sozialpädagogische Betreuung in Höhe von 25.000 Euro. Nach den Angaben der Schulleiterin sind z.B. in der Arnoulschule von 390 Kindern ca. 40 verhaltensauffällig. In den anderen Schulen ist es ähnlich. Auch im Hort Walldorf weisen ca. 40% der Kinder Verhaltensauffälligkeiten auf. Viele Kinder befinden sich in Therapien.

Als Hintergründe und Ursachen gaben die Fachleute u. a. an, dass viele Kinder häufig wechselnde Bezugspersonen hätten, dass sie in den ersten Lebensjahren bereits zu vielen Veränderungen ausgesetzt seien. Etliche Kinder hätten Sprachprobleme oder litten unter den Folgen falscher Ernährung, wie z.B. Fertignahrung, die Allergien auslöst. Auch kämen viele Kinder nicht mit der herrschenden Reizüberflutung zurecht. Auch Bewegungsarmut wurde als Ursache für Verhaltensauffälligkeiten genannt und bemängelt, dass so viele Kinder von den Eltern mit dem Auto in die Schule und in den Kindergarten gefahren werden. Des Weiteren wurde aber auch als Grund genannt, dass die Gruppen in Schulen Kitas und Horten zu groß sind.

Nachdem die Pädagogen dies dargestellt hatten, äußerten Stadtverordnete von SPD und CDU ihr „Entsetzen“ über diese Situation.

Man fragt sich, in welcher Welt die Stadtverordneten von SPD und CDU eigentlich leben. Wer ein wenig Zeitung liest und wachen Auges durch die Straßen geht, kann sich über diese traurigen Resultate nicht wundern. Die meisten Kinder sind seit der völligen Übereignung des öffentlichen Raumes und der Straßen an das Automobil förmlich eingesperrt. Fahrradwege gibt es prinzipiell nur dort, wo die Straße ohnehin breit genug ist. Und wenn die Straße enger wird, dann hört der Fahrradweg halt einfach auf (z.B. Aschaffenburger Straße). Auch in unserer Stadt stehen seit Jahrzehnten bei der Stadtplanung und Landschaftsplanung nicht Kinder, sondern Neubaugebiete, Parkplätze, Straßen und DIN-Normen im Vordergrund. Wilde Spielgelände werden exakt asphaltiert

und eingezäunt, jede Häuserlücke erbarmungslos zugebaut. Wo früher Kinder auf der Straße spielten, reihen sich jetzt Zweit- und Drittwagen aneinander (fast überall). Kind sein, so scheint's, kann man nur noch vorm KiKa. Und so ist ganz sicher nicht einfach die Unwissenheit der Eltern (die es auch gibt) die „Wurzel des Übels“, wie es sich mancher Lokalpolitiker gerne hinbiegt (so Hans-Joachim Kögler von der SPD). Mit dieser Erklärung sind sie fein raus. Welche Partei rühmt sich denn, einen „Autokanzler“ zu haben? Wer fordert denn „Freie Fahrt für freie Bürger“, wer fördert denn in Bund, Ländern und Kommunen das Verkehrsaufkommen. Ökosteuer, Maut und die anderen Zirkusnummern haben ja keineswegs den Zweck, den Verkehr zu reduzieren, sondern an ihm zu verdienen. Was haben ihre Parteifreunde in Berlin schon unternommen, um den Kinder wie Eltern gleichermaßen strangulierenden Werbeterror in Fernsehen, Zeitschriften und im öffentlichen Raum zu unterbinden? Nichts. Stattdessen werden sie nicht eher ruhen, bis jedes Schulklo, jeder Sportplatz und jede Kindergartenrassel mit Werbung vollgekleistert ist. Was sie euphorisch „Einwerben von Drittmitteln“ heißen, ist der Verkauf öffentlicher Einrichtungen ans Kapital. Und das braucht keine Kinder und Jugendlichen, die mit einem Fahrrad zufrieden sind, Wasser trinken und im Wald spielen. Was sie brauchen sind Konsumzombies, die endlos unbefriedigt vor der Glotze sitzen und nach allem greifen was sich mühelos verschlingen lässt. Es gab eine Kampagne, u.a. der Bundesregierung, mit dem schönen Sonntagspruch: „Mehr Zeit für Kinder“. Wochentags sorgte sie weiterhin dafür, dass Urlaubskürzung, Arbeitszeitverlängerung und das Streichen von Feiertagen als „alternativlose Wirtschaftspolitik“ in die Köpfe der Menschen gehämmert wird. Mit der Herabsetzung der Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose z.B., zwingt sie Eltern dazu, ihre Zeit auf der Autobahn statt mit ihren Kindern zu verbringen. Vor Ort haben SPD und FDP z.B. auch zu verantworten, dass die Kita-Gebühren seit letztem Jahr gleich mehrfach drastisch erhöht werden. Von 62,20 Euro auf insgesamt 146,- Euro für einen Kita-

Regelplatz. Damit wird der von der eigenen Regierung geplünderte kommunale Haushalt gerettet, bis Kanzler und Opposition die nächste Steuersenkung für Millionäre und Konzerne durchsetzen. Die zunehmenden Defizite und Veränderungen der motorischen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen haben also vielfältige Ursachen, an denen die so überrascht und betroffenen tuenden PolitikerInnen vor Ort und ihre Parteifreunde einen erheblichen Anteil haben. AK

Denkpause einlegen

Die DKP/OL-Fraktion hat den Antrag gestellt, auf eine erneute Besetzung der Stelle eines/r Stadtmarketingbeauftragten bis auf weiteres zu verzichten. In der Begründung heißt es: Nachdem der erste „Stadtmarketingbeauftragte“ in der Probezeit sang- und klanglos gekündigt hatte, hat der zweite vom Magistrat ausersehene Bewerber die Stelle gar nicht erst angetreten. Schon damals hat die DKP/OL einen gleichlautenden Antrag gestellt, der allerdings im Stadtparlament mehrheitlich abgelehnt wurde.

Nun hat die Stadtmarketingbeauftragte Frau Fischer nach gut einem Jahr überraschend zum 30. September gekündigt und steht ab sofort nicht mehr zur Verfügung. Die DKP/OL schlägt deshalb erneut vor, die Stelle einer/s Stadtmarketingbeauftragten erst einmal unbesetzt zu lassen und das als Beitrag zur „Haushaltskonsolidierung“ einzuplanen. Der Magistrat wäre aus unserer Sicht gut beraten, nach allen Erfahrungen in der Sache erst mal eine längere „Denkpause“ einzulegen und andere Wege der Kommunikation mit Handel und Gewerbe zu suchen. Dadurch entfallende Personal- und Sachkosten in Höhe von ca. 70.000,- EUR jährlich sind als echte „Einsparung“ aus den Haushalten der kommenden Jahre zu streichen und geeignet, das ausgewiesene Defizit zu verringern. GS

Das Geschäft mit Marketing

Laut Duden ist dies die „Ausrichtung eines Unternehmens auf die Förderung des Absatzes“. Es scheint ein modernes Zauberwort zu sein. Jeder will mitmachen im großen Konzert der Wirtschaftsförderung. Wenn man die Wirtschaft genug fördert, geht es uns allen gut – wird suggeriert. Jede Kommune, jede Stadt, jede Region, jedes Land ist in Konkurrenz zu den Nachbarn, will die Industrie, den Handel bei sich ansiedeln. Sie buhlen um die Gunst der Wirtschaftsbosse, machen ihnen günstige Angebote. Da geht es um Subventionen, Vermittlung in Sachen Behörden, bevorzugte und rasche Genehmigungen, Anbieten der Infrastruktur, günstige Grundstückspreise etc.

Wenn jede Stadt und jede Region dieses Geschäft betreibt, andere zu überbieten versucht, macht aber nur der Gewinn, der die Vergünstigungen empfängt. Die Städte müssten inzwischen einsehen, dass die Ansiedlung von Industrie und Handel den Stadtsäckel nicht füllt – im Gegenteil. Die Städte Eschborn oder Weiterstadt machen da eine rühmliche Ausnahme. Auch das Lotteriespiel lebt davon, weil ausnahmsweise einig gewinnen.

Wie alle Umlandgemeinden hat auch Mörfelden-Walldorf das Marketing ent-

deckt. Und weil das mit der örtlichen Gewerbegemeinschaft nicht klappt, kümmert sich ein Marketingbeauftragter im Rathaus darum. Kurios ist dabei, dass die Fachkräfte sich dort nicht lange halten. Hat der erste schon in der Probezeit das Handtuch geworfen und der zweite seinen Dienst erst gar nicht angetreten, verabschiedet sich die Nachfolgerin nach einem guten Jahr behördlicher Tätigkeit. Zwar attestiert der Bürgermeister ihr in „ihrer Querschnittsaufgabenstellung gute Ansätze örtlicher Wirtschaftsförderung gefunden und Bausteine gesetzt“ zu haben, doch etwas Konkretes wird nicht genannt.

Der Kreistag hat sich jüngst als Gesellschafter an der „Frankfurt RheinMain GmbH, International Marketing of the Region“ beteiligt. Ziel ist es, die Rhein-Main-Region als Top-Standort in Europa zu platzieren. Bedauert wird nämlich, dass unsere Gegend gegenüber den Zentren wie London, Paris etc. zurückgefallen ist.

Am Stammkapital von 250.000 Euro beteiligt sich der Kreis mit 6.200, für 2005 ist ein Zuschuss von 75.000 und für die Folgejahre von 100.000 Euro zu zahlen. Wie das zur finanziellen Situation der Kreiskasse passt, wissen die Abgeordneten der SPD, FDP, CDU wohl auch nicht. Genauso unbeantwortet bleibt die Frage nach dem Nutzen der Marketinggesellschaft. R. D.

Dicke Luft in der Bachmannhalle Probleme mit Belüftung und Heizung

Schon seit Jahren ist den darin Sporttreibenden, den Übungsleitern, den Hausmeistern und der Stadt bekannt, dass die Belüftung und Heizung der 1975 erbauten Kurt-Bachmann-Sporthalle, am Festplatz in Mörfelden, nicht das Optimale ist. Im Winter beklagen sich oft Sporttreibende über zu stark und zu kalt einblasende Frischluft von der Decke her und im Sommer reicht die Belüftung bzw. die Zufuhr von Frischluft nicht aus. Einmal ist es zu heiß und die Luft zu stickig und verbraucht und einmal ist es zu kalt. Wie zu hören, ist auch der Energieverbrauch für die Halle zu hoch.

Nun könnte die Stadt ja zu den Mängeln stehen und sagen: „Wir wissen das und versuchen das eine oder andere zu verbessern. Wir haben bereits eine Firma aufgefordert ein Angebot für die Erneuerung der Regel- und Steuerungsanlage zu erstellen, die Halle ist 30 Jahre alt und auf modernste Art ist das nicht mehr zu machen u.s.w.“ Aber so lief das nicht. Die Beanstandungen wurden erst einmal ignoriert. Dann wurden die, die das vortragen als ewige Nörgler hingestellt. Es ist bekannt, dass schon seit Jahren an heißen Tagen die Nottüren kurzzeitig geöffnet wurden, um Frischluft hereinzulassen. Aber seit an der Schule gebaut wird sollen die Nottüren geschlossen bleiben, damit kein Staub in die Halle dringt. Damit dies nicht doch geschieht, wurden die Öffnungsriffe mit Kabelbinder verschlossen. Da muss man sich schon fragen: „Was sind schon ein paar Krümel Staub gegen die Unversehrtheit von Leib und Leben“. Das sahen die 40 Mitglieder der Herzsportgruppe genau so und unterschrieben Anfang Juli einen Brief an den Bürgermeister. Aber geschehen ist bisher nichts. H. H.



„Quijote“ begeisterte mit Liedern von Mikis Theodorakis

DKP/Offene Liste und PDS/Offene Liste im Kreistag hatten zu einem Liederabend eingeladen. Die Gruppe „Quijote“ aus Chemnitz präsentierte im KuBa Liedern von Mikis Theodorakis in deutscher Sprache. Es war ein wunderschöner Abend. Alle Gäste, darunter viele Griechen, waren begeistert. „Quijote“ muß man sich merken. Ihre Web-Site (<http://www.quijote.de>) ist sehenswert, dort kann man auch ihre drei bisher erschienen CDs bestellen. Danke Quijote - auf Wiedersehen!

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen.

Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Stadtgeschichten



„Meine liebe Frieda! Bin heute wieder in Walldorf, es sendet Ihnen herzlichste Grüße, Ihr treuer Christian“, steht mit sehr schöner Schrift geschrieben auf der, mit einer 5-Pfennig-Marke frankierten alten Ansichtspostkarte aus Walldorf, auf der leider kein Datum mehr zu erkennen ist. Sie zeigt jedoch sehr gut den damals noch östlichsten Ortsteil von Walldorf, in dem bis auf den Bahnhof kaum noch ein Haus wieder zu erkennen ist. Der Blick geht in die heutige Farmstraße, damals noch Frankfurter Straße in Richtung Süden. In der Mitte dominiert das 1883 errichtete Gasthaus und Hotel „Zur Waldlust“ von Heinrich Coutandin (Sohn vom „Schlabbewert“), lange Zeit das einzige Lokal in Walldorf, das Fremdenzimmer anbot. Auch die Gartenwirtschaft mit ihren schattenspendenden Bäumen galt im Sommer als beliebtes Ausflugsziel. Bereits am 1. Mai im Jahre 1897 trafen sich dort die Walldorfer Bauarbeiter, um ihre Gewerkschaft zu gründen. Bis zum Abriss im Jahre 1963, als es dem heutigen Postgebäude weichen musste, hatte das Haus eine wechselvolle Geschichte. Es folgten mehrere Pächter bis Konrad Oberndorfer 1908 das Lokal kaufte. 1913 gründete sich dort der „Schützenverein Tell“, der bis 1936 auch einen Schießstand betrieb. Ab 1933 hatte die Nazi-Partei inklusive der SA im Haus ihren Standort. Die Frankfurter Straße hieß von nun an Straße der SA. Nach der Schließung der Gaststätte befand sich bis zum Jahre 1941 dort ein Verpflegungslager der Wehrmacht. Danach übernahm die Schreinerei Seibert das Grundstück und produzierte Kleinmöbel u. a. für die Wehrmacht.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

August 2005:

06.08. KHAN Connection #20: Electronic Beats

DJs AL-X, Black Jack und Justin Cowley. Techno, House, Electro, Trance, etc.

Beginn: 20 Uhr - Eintritt: 2 Euro



KuBa

11.08. „Rettet das Vinyl!“

Schallplattenabend. Lieder mit dem Anfangsbuchstaben B.

Beginn: 20 Uhr

15.08. HörBar - „Marx Brothers Radio Show“ Folge 1, 2, 3

Hörbuchabend.

Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Der kreischt errum,
dass Disch un
Benk waggele.